

Gegen Abschottung und Fremdenfeindlichkeit

Die Plattform „Recht auf Willkommen“ setzt sich für Vernetzung und globale Gerechtigkeit ein

Wolfgang Kessler ist Chefredakteur des Magazins Publik-Forum und Mit-Initiator der Plattform „Recht auf Willkommen!“. Publik-Forum versteht sich als „christlich, kritisch, unabhängig“ und eröffnet kritische Perspektiven zu gesellschaftlichen und kirchlichen Fragen und Debatten.

Einerseits leben Millionen Bürger die Willkommenskultur praktisch ungebrochen. Andererseits scheint die wahrnehmbare öffentliche Meinung immer stärker in eine fremdenfeindliche Richtung zu gehen, die rechte Stimmungsmache wird täglich aggressiver – wie erklärst Du Dir das?

Deutschland ist tief gespalten. Gemeinsam ist allen Deutschen eine tiefe Verunsicherung über die Zukunft. Klimakrise, soziale Ungleichheit, weltweite Kriege, Flüchtlinge – die meisten Bürger trauen der Politik die Lösung solcher Krisen nicht mehr zu. Allerdings reagieren die Deutschen auf diese Zukunftsangst unterschiedlich. Die einen sagen trotzig: Wenn der Staat es nicht schafft, packen wir selbst an. Das sind vor allem jene, für die materieller Wohlstand nicht der einzige Sinn des Lebens darstellt. Sie suchen Sinn im Engagement für andere. Und da sind die anderen, die mit jeder weiteren Krise, mit jedem weiteren Flüchtling mehr Angst um ihre eigenen Positionen, um ihren Lebensstandard haben. Seit den Kölner Ereignissen und der üppigen Berichterstattung darüber fürchten sie auch noch um ihre Sicherheit. Sie glauben, dass die Dinge nicht mehr zu kontrollieren sind und geraten selbst außer Kontrolle. Viele reagieren aggressiv, in Taten, in Worten, im Denken.

Warum verschärfen PolitikerInnen fast aller Parteien plötzlich durch unverantwortliche Wortbeiträge die Lage und drängen die öffentliche Debatte nach rechts?

Viele PolitikerInnen geraten in Panik, weil in diesem Jahr fünf Landtagswahlen anstehen und die Umfragewerte für die AfD ständig steigen. Das Ärgerliche an der Reaktion vieler Politiker, speziell der Regierungsparteien, ist ihr Glaube, man könne die Stimmen für die AfD verringern, indem man deren Vorurteile und Thesen aufgreift. Nach allen Erfahrungen ist jedoch das Gegenteil der Fall. Die konventionellen Politiker werten die AfD

auf, indem sie deren Vorurteile bestätigen. Dann brauchen sich die Rechtspopulisten gar nicht mehr an Regierungen zu beteiligen, weil die Volksparteien ihre Politik auch so betreiben.

Was können BürgerInnen unternehmen, um die positiven und Mut machenden Ansätze der Willkommenskultur zu stärken?

Die vielen, die sich engagieren, müssen sich offensiv in die Debatte einmischen. Sie erleben ja vor Ort, was Flüchtlinge brauchen und wie sie ticken. Sie erleben die Probleme mit Flüchtlingen, aber auch wie bereichernd sie für die deutsche Gesellschaft sein können. Das gilt es zu propagieren. Und bei alledem sollten sich die Engagierten politisieren. Denn Zukunft hat nicht Abschottung, sondern eine großzügige und solide Integrationspolitik. Zudem geht es um eine Politik, die wirklich für Frieden und Menschenrechte in den Herkunftsländern eintritt und die nicht jenen unregulierten Kapitalismus mit allen sozialen und klimatischen Folgen fördert, die die Flüchtlinge aus ihrer Heimat vertreiben.

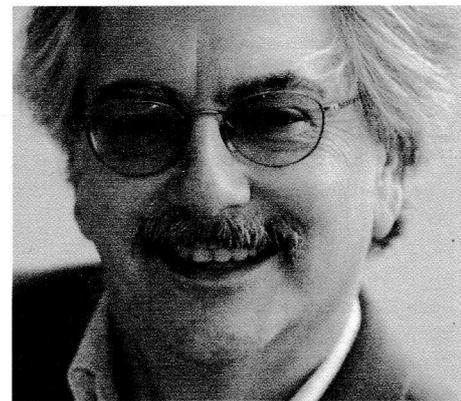
Publik-Forum ist neben Attac, Medico International und dem Institut Solidarische Moderne einer von vier Initiatoren der Plattform „Recht auf Willkommen“. Ihr vertrittet darin das christliche Spektrum – was muss Deiner Meinung nach die Zivilgesellschaft tun, um wieder Boden zu gewinnen?

Die Zivilgesellschaft muss sich möglichst breit vernetzen, so dass nicht jede Initiative ihr eigenes Süppchen kocht. Und dann gilt es, zwei Dinge klar zu machen: Zum einen verstoßen viele der populistischen Forderungen nach Obergrenzen für Flüchtlinge, nach geschlossenen Grenzen oder nach schneller Abschiebung einfach gegen geltendes Recht. Zum anderen müssen wir immer wieder darauf hinweisen, dass Flüchtlinge nicht zum Spaß herkommen, sondern, weil sie in Kriegsgebieten nicht mehr leben können oder in ihrer Heimat vom Hungertod bedroht sind. Die meisten haben nicht ihr Leben riskiert, um gleich wieder nach Hause zurückzukehren. Deshalb gibt es keine Alternative für die Hilfe. Gleichzeitig bin ich der Meinung, dass auch die Probleme durch den Zuzug von Flüchtlingen beim Namen genannt werden

müssen. Allerdings nicht um die Abschottung Deutschlands zu fördern, sondern um diese Probleme durch eine möglichst intensive Integrationspolitik zu minimieren. Im Übrigen sind die Probleme mit Flüchtlingen umso geringer, je breiter die Willkommenskultur ist.

Vertreter der Amtskirchen äußern sich zurzeit ungewöhnlich deutlich zur Krise der Geflüchteten – ist das für Dich ein Zeichen, dass die Kirchen sich in dieser gesellschaftlich brisanten Situation endlich auch politisch einmischen und sowohl die Gläubigen als auch die Parteien mit teilweise unangenehmen Wahrheiten konfrontieren?

Ich hoffe, dass sich die Amtskirchen noch viel offensiver als bisher in die politische Debatte einmischen und nicht einknicken. Die Kirchenspitzen sind zwar häufig konfliktscheu, aber beim Kirchenasyl haben sie nicht nachgegeben. Und auch sonst sind sie deutlicher an der Seite der Flüchtlinge als etwa die Volksparteien oder die Gewerkschaften. Die Basis für ihre politisch forsche Einmischung könnte jedenfalls größer nicht sein. Denn viele Kirchengemeinden mischen bei der Hilfe für Flüchtlinge ganz vorne mit. Da die Solidarität mit Flüchtlingen ein zentraler Punkt in der Bibel ist, sind sich in diesem Punkt auch eher linke Christen mit konservativen einig: Wir brauchen eine Willkommenskultur. Insofern könnten die Kirchenoberen schon deshalb mutig sein, weil sie dafür eine breite Basis unter den Gläubigen haben.



Interview: Stephanie Handtmann